

Note Ungenügend

26.02.2007 / Politik / Mantel

Berlin. Vor genau einem Jahr hatte der Jura-Professor aus Costa Rica im Auftrag der UN-Menschenrechtskommission Deutschland besucht, um das Schulsystem zu prüfen. Sein Urteil ist vernichtend. Vernor **Munoz** sieht durch die frühe Aufteilung ganze Gruppen von Kindern diskriminiert.

Der Menschenrechtsexperte legt der Bundesrepublik "eindringlich nahe", das mehrgliedrige Schulsystem "noch einmal zu überdenken". Bei der im internationalen Vergleich "untypisch" frühen Aufteilung der in der Regel zehnjährigen Kinder auf die verschiedenen Schulformen könnten "die Schüler nicht angemessen beurteilt werden". Dies wirke sich besonders negativ auf arme Kinder, Schüler aus Migrationsfamilien sowie auf Kinder mit Behinderungen aus. Auch seien die Lehrer für das Auswahlverfahren der Schüler "nicht immer ausreichend geschult". Weltweit verteilt außer Deutschland nur noch Österreich die Kinder so früh auf verschiedene Schulformen.

Mit Blick auf die PISA-Studie verweist Muñoz darauf, dass in keinem anderen vergleichbaren Industriestaat der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland.

Durch den internationalen Konkurrenzdruck wachse auch in der Bundesrepublik der Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitnehmern. Ungelernte hätten dagegen kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dabei bezieht sich Muñoz auch auf die im internationalen Vergleich geringe Abiturientenquote in Deutschland und bemängelt die hohe Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, insbesondere bei Migrantenkinder. Das in der UN-Menschenrechtscharta verankerte "Recht auf Bildung" müsse auch für Kinder im schulpflichtigen Alter gelten, deren Eltern illegal hier leben oder sich um Asyl bemühen. Zwar gebe es in einigen Bundesländern deutliche Fortschritte sowie eine gewisse Toleranz und Duldung. Kritisch hebt Muñoz jedoch die Situation in Baden- Württemberg, Hessen und dem Saarland hervor.

Gewürdigt werden in dem Papier die von den deutschen Kultusministern nach dem Pisa-Schock eingeleiteten inhaltlichen Verbesserungen. Doch für eine wirklich erfolgreiche Reform des "Bildungssystems als Ganzem" bedürfe es ebenso Änderungen an der Schulstruktur. Dieses hat die Kultusministerkonferenz (KMK) bisher abgelehnt.

In einer ersten Kommentierung weist die Bundesregierung die Kritik weitgehend zurück: "Deutschland gehört dank seines leistungsfähigen Bildungssystems zu einer der stärksten Wirtschaftsnationen und stabilsten Demokratien der Welt." Eingeräumt wird allerdings, dass die "Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft" durchbrochen werden müsse, um Jugendlichen gleich welcher Herkunft "die besten Chancen auf Bildung zu bieten".

In der KMK-Stellungnahme heißt es, einige der Kritikpunkte "beruhten offensichtlich auf Missverständnissen".

Die Vize-Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marianne Demmer, warnte Bundesregierung und Kultusminister davor, durch "Schönreden" die Analyse des Menschenrechtsinspektors beiseite zu schieben. Muñoz stelle Chancenungleichheit und die hohe Selektivität im deutschen Schulsystems "zu Recht an den internationalen Pranger".

Zehn Tage lang reiste Muñoz Anfang 2006 durch die Bundesrepublik, um sich in mehreren Bundesländern verschiedene Schulen und Kindertagesstätten anzusehen und sich mit Praktikern aus Lehrgewerkschaften, kirchlichen oder freien Projekten zu treffen. In NRW war er am 17. und 18. Februar unterwegs. **Die Gesamtschule Bonn-Beuel bezeichnete er später als die Schule in Deutschland, "die mir am besten gefallen hat"**. Professor Vernor **Munoz** Villalobos, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung. Foto: dpa